

# Wieder einmal steht das europäische Haus in Flammen

Stand: 07:11 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Clemens Wergin**  
Chefkorrespondent Außenpolitik

[Artikel anhören](#)



-09:02

Bei ihrem letzten EU-Gipfel versucht Angela Merkel, die Wogen im Bündnis zu glätten. Polen hat sich isoliert und wird hart attackiert. Ein weiteres Thema erhitzt die Gemüter: die hohen Energiepreise, besonders die für Gas.

In den 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft hatte Angela Merkel nie viel Zeit zum Durchatmen. Erst die Eurokrise, dann die Flüchtlingskrise und nun die Corona-Pandemie. Deshalb war es bezeichnend, dass auch ihr voraussichtlich letzter EU-Gipfel nicht die erhoffte ruhige Veranstaltung war mit netten Abschiedstoasts beim Dinner mit Pistou-Suppe, Seebarschfillet mit sautiertem Fenchel und zum Dessert Erdbeertorte. Vielmehr stand das europäische Haus wieder einmal in Flammen.

Die polnische Gerichtsentscheidung (</politik/ausland/article234553284/Streit-zwischen-Polen-und-EU-Merkel-will-einvernehmliche-Loesung.html>) im Streit über Richterbesetzungen, die nebenbei zentrale Artikel des EU-Vertrages aushebelte, sowie rekordhohe Energiepreise hatten die Gemüter in den vergangenen Wochen erhitzt. Führende EU-Politiker forderten, Geldzahlungen aus dem Corona-Hilfspaket für Warschau zurückzuhalten. Am Tag zuvor waren Kommissionschefin Ursula von der Leyen und Polens Premier Mateusz Morawiecki mit ihren Reden vor dem Europaparlament aufeinandergeprallt. „Die Union wurde niemals so radikal infrage gestellt“, schrieb der durch Krankheit verhinderte europäische Parlamentspräsident David Sassoli in einem Brandbrief an die Regierungschefs.

Angela Merkel machte dann jedoch das, was sie in jenen 16 Jahren stets getan hat: Sie versuchte die Lage abzukühlen und den Laden Europa irgendwie zusammenzuhalten. Ja, Rechtsstaatlichkeit sei ein Kern des Bestands der Europäischen Union sagte die deutsche Kanzlerin zum Beginn des Gipfels. „Auf der anderen Seite müssen wir Wege und

Möglichkeiten finden, hier wieder zusammenzukommen, denn eine Kaskade von Rechtsstreitigkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof ist noch keine Lösung des Problems, wie Rechtsstaatlichkeit auch gelebt werden kann“, meinte Merkel.

Will heißen: Dieses Problem muss mit einem politischen Kompromiss gelöst werden, nicht mit Ultimaten und „Erpressung“, wie Morawiecki sich zum Beginn des Gipfels beklagte. Der einzige, der Morawiecki öffentlich beisprang war der ebenfalls unter Beobachtung der EU-Kommission stehende ungarische Regierungschef Viktor Orban, der von einer „Hexenjagd“ gegen Polen sprach.

## **„Was für eine Zukunft seht ihr in Europa?“**

Der belgische Premierminister Alexander De Croo gab sich beim Gipfel vor allem genervt, dass Polen diesen Konflikt zu einer Zeit eskaliert hat, in der die Union wahrlich andere Probleme hat. „Was für eine Zukunft seht ihr in Europa?“, warf er den Polen hin und meinte: „Es ist Schade, dass wir damit unsere Zeit vergeuden müssen.“ Aber diese Diskussion müsse geführt werden: „Wenn man Teil eines Clubs sein will, dann muss man die Regeln beachten.“

Hinter verschlossenen Türen kam es dann zu einer offenen Aussprache, wobei die EU laut „Politico“ diesmal auf Wortprotokolle verzichtete, um zu verhindern, dass die Debattenbeiträge einzelner Regierungschef an die Medien geleakt werden. Das Thema soll auch nicht in der Abschlusserklärung erwähnt werden, was zeigt, wie weit entfernt die EU ist, die Probleme der Rechtstaatlichkeit in Polen und auch Ungarn zu lösen.

Europäische Offizielle versuchten jedenfalls den Eindruck zu vermitteln, es habe sich um eine notwendige Aussprache gehandelt, um die Positionen aller Seiten zu klären. Die Debatte sei ein Schritt, der auf dem Weg zu einer Lösung helfen sollte, hieß es am späten Donnerstagabend aus EU-Kreisen. Dabei brauche es politischen Dialog. Die Debatte sei in einer ruhigen Atmosphäre geführt worden und sei eine Gelegenheit gewesen, die verschiedenen Sichtweisen besser zu verstehen. EU-Ratschef Charles Michel habe den Staats- und Regierungschef für ihre konstruktive Herangehensweise gedankt. Die harten Äußerungen prominenter EU-Politiker im Vorfeld haben Erwartungen auf rasches Handeln geweckt, die so nicht mal im Ansatz eingelöst wurden.

## **Wirklich harte Maßnahmen lassen sich schwer durchdrücken**

Hier zeigt sich abermals ein grundlegendes Problem der europäischen Architektur: Wirklich harte Maßnahmen lassen sich schwer durchdrücken, weil die Regierungen, die abgestraft werden sollen, dann wieder bei anderen Themen gebraucht werden, die Einstimmigkeit verlangen. [Ungarn \(/politik/ausland/article234561392/Steigende-Energiepreise-Ungarn-kuendigt-Widerstand-gegen-EU-Klimaplaene-an.html\)](#) hat dieses Spiel in den vergangenen Jahren virtuos gespielt. Und auch Polen setzt nun ebenfalls darauf, dass die EU-Kommission und die anderen EU-Länder die Handlungsfähigkeit Europas nicht gefährden wollen und deshalb letztlich nicht den ultimativen Konflikt mit Warschau suchen werden. Unklar bleibt auch, wie ein Kompromiss aussehen könnte, der es beiden Seiten ermöglichen könnte das Gesicht zu wahren.

Ein weiteres Thema hatte die europäischen Gemüter in den Wochen vor dem Gipfel erhitzt: Die hohen Energiepreise, besonders die für Gas. Die haben viele Gründe, dazu zählen ungenügend gefüllte Gasspeicher in Europa, weil sich die Energiefirmen bei der Preisentwicklung verspekuliert hatten, steigende weltweite Nachfrage durch die nach der Corona-Pandemie anspringende Konjunktur. Und Russland, dass nicht wie in früheren Jahren bereit ist, seine Liefermengen auszuweiten.

So hat Ursula von der Leyen am Mittwoch vor dem Europäischen Parlament darauf hingewiesen, dass es sich um ein globales, nicht nur europäisches Phänomen handelt. Sie zeigte aber gleichzeitig auch nach Moskau. „Zwar hat Gazprom seine langfristigen Lieferverträge mit uns erfüllt, aber es hat nicht auf die erhöhte Nachfrage reagiert wie in früheren Jahren“, sagte von der Leyen. Europas Außenbeauftragter Josep Borrell wurde beim Gipfel noch deutlicher. „Die heutigen Energiepreise sind die Konsequenzen eines großen geopolitischen Spiels mit einer großen externen Komponente“, sagte Borrell.

Wie man den vor dem Winter explodierenden Preisen begegnen soll, darüber besteht keinerlei Einigkeit in Europa. In der vergangenen Woche hatte die EU-Kommission eine Reihe von Instrumentarien aufgelistet, mit denen die EU-Länder die Preise auf nationaler Ebene abfedern können, ohne dabei gegen EU-Wettbewerbsregeln zu verstößen. Das geht einigen Mitgliedsstaaten aber nicht weit genug. Länder wie Spanien, Griechenland, Polen und Ungarn plädieren für EU-weite Maßnahmen. Griechenlands Premier Kyriakos Mitsotakis schlug am Donnerstag eine zentrale europäische Gasplattform vor, von der die EU-Staaten Gas kaufen können, sowie höhere gesamteuropäische Speicherkapazitäten und Eingriffe der EU-Kommission in das Marktgeschehen, wenn die Preise kurzfristig überhitzen.

Dagegen wandte sich etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Vehemenz. „Ich denke, dass wir besonnen reagieren sollten, wir in Deutschland werden das jedenfalls tun“, sagte die Kanzlerin. Sie forderte, den Markt nicht vollkommen auszuschalten und plädierte eher für mehr Markt und dafür, dass nationale Regierungen hohe Preise gegebenenfalls abfedern sollten, so wie Deutschland es mit dem Wohngeld mache. Auch die Niederlande, Dänemark und Österreich stehen Eingriffen der Kommission in das Marktgeschehen skeptisch gegenüber.

## **Hinter verschlossenen Türen plädierten Polen und Ungarn für ein Aussetzen des Klimapakets**

Hinter verschlossenen Türen plädierten Polen und Ungarn für ein Aussetzen des Klimapakets. Ungarns Regierungschef Viktor Orban rief die EU-Kommission auf, ihre Vorschläge „vollständig zu überdenken“. Teils handele es sich um „utopische Fantasien“, sagte er zu dem Vorschlag, künftig auch den Verkehrssektor und Gebäude in den Emissionshandel einzubeziehen. Orban argumentierte, das Vorhaben heize die deutlich gestiegenen Energiepreise weiter an und werde „die europäische Mittelschicht umbringen“. Polen und Tschechien forderten, dass die EU beim CO<sub>2</sub>-Handel gegen Spekulanten vorgehen solle, die die Preise zusätzlich in die Höhe trieben.

Auch über die langfristige Strategie scheint man sich uneins zu sein. Der litauische Präsident Gitanas Nausėda plädierte dafür, dass Europa seine Energiequellen diversifizieren müsse und schlug sein eigenes Land als Beispiel vor. Vor einem Jahrzehnt sei Litauen noch gänzlich abhängig gewesen von Energielieferungen des russischen Staatskonzerns Gazprom, inzwischen sei man aber zum Heizen vor allem auf Biomasse umgestiegen. Griechenlands Premier hingegen schlug das östliche Mittelmeer als alternative Energiequelle für Europa vor. So könne man etwa Flüssiggas von Ägypten nach Griechenland und dann in den Rest Europas bringen.

Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren nicht nur vor der Küste Ägyptens, sondern auch der Israels, des Libanons und Zyperns große Gasvorkommen unter dem Meeresgrund entdeckt worden, die auch Europa versorgen könnten. Slovenien hingegen plädierte bei den Verhandlungen für mehr Atomenergie – laut „Politico“ unterstützt von Griechenland und Irland. Andere Länder sprachen sich für eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien aus. Die würde zwar die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und damit von Russland

verringern, dürfte jedoch nicht dazu angetan sein, das Problem der hohen Energiepreise in den Griff zu bekommen.

## **Gespräche über Energiepreise nach acht Stunden Beratungen ohne Einigung abgebrochen**

Am späten Donnerstagabend wurden die Gespräche über die Energiepreise dann nach acht Stunden Beratungen ohne Einigung abgebrochen. Länder wie Spanien, die auf gemeinsames europäisches Handeln gedrängt hatten, bekamen aber gesichtswahrende Zugeständnisse. So soll die endgültige Gipfelerklärung einen Auftrag enthalten an die EU-Kommission, das Funktionieren der Gas- und Strommärkte in der EU zu überprüfen sowie Spekulationen beim Handel mit Emissionszertifikaten.

Die Kommission soll mittel- und langfristige Politikansätze zur Bewältigung der Krise erwägen und die Europäische Investitionsbank soll eruieren, wie Investitionen zur Beschleunigung der Energiewende getätigt werden können. Im Dezember wird das Thema dann beim nächsten EU-Gipfel wieder auf der Tagesordnung stehen. Dann möglicherweise ohne Angela Merkel, falls es SPD, Grünen und FDP bis dahin gelungen ist, in Berlin eine neue Regierung auf die Beine zu stellen.

mit dpa

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/234561712>